

rote blätter **extra**

Studentenmagazin · Organ des MSB Spartakus · Mai 1980

Wahlauf Ruf des Spartakus Bundesvorstandes

(verabschiedet auf der 3. Tagung des Bundesvorstandes
am 15./16. März in Bonn)

Links bleiben, DKP wählen!

„Die drei Bonner Parlamentsparteien würden jede Stimme, die wir ihnen geben, als Zustimmung für ihre gefährliche Rüstungspolitik verkaufen. Darum müssen wir mit unserer Wahlentscheidung gegen ihre Pläne protestieren.“

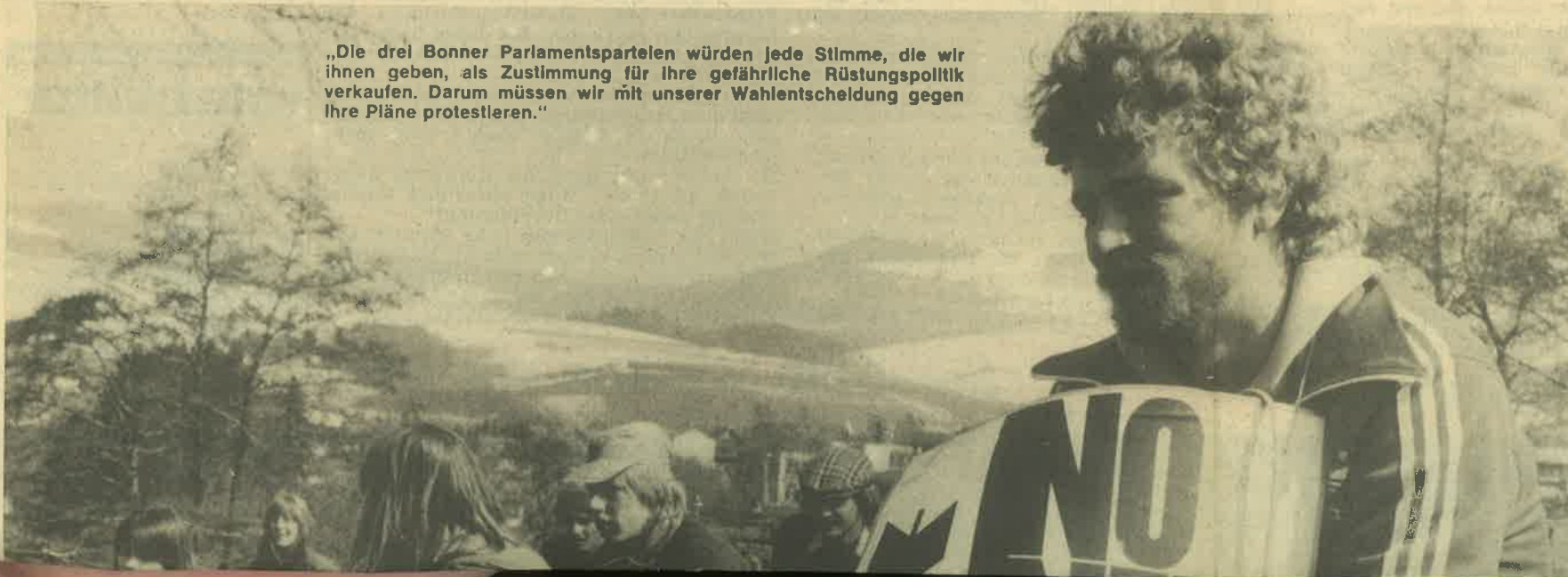
lungen Vorschläge zu entwickeln. Viele Mitglieder des Spartakus sind auch in der DKP. Die DKP ist die einzige Partei, die die Forderungen der Studenten vorbehaltlos unterstützt und unter den Arbeitern um Verständnis für sie wirbt. Ohne Unterstützung der Arbeiterbewegung setzen wir aber keine entscheidende Forderung durch.

Gerade die Erfahrungen der Studentenbewegung zeigen die Bedeutung außerparlamentarischen Handelns. Sollen wir diese Erfahrungen bei der Wahl vergessen und genau die Parteien wählen, gegen die wir gestreikt und demonstriert haben? Schizophrenie an der Wahlurne — nein danke!

Wer DKP wählt, wehrt sich!

In allen wichtigen Fragen, die uns angehen, Rüstungspolitik, Hochschulrahmengesetz, Lehrerarbeitslosigkeit usw., müssen wir uns gegen die CDU, CSU, SPD und FDP durchsetzen. Das können wir nur, wenn wir die Linkskräfte stärken.

Stärken wir sie, wenn wir die Grünen wählen? Die Grünen sind nach eigenem Selbstverständnis keine linke Partei. Sie verzichten auf die zentralen Kategorien rechts und links, ja, sie sind offen für Rechte. Die Linke, das sind die außerparlamentarischen Kräfte, die Arbeiter, Studenten und Schüler, die gegen atomare Aufrüstung, Atomprogramm und Berufsverbote demonstriert und gekämpft haben. Diese außerparlamentarischen





Jetzt lächeln sie uns wieder übergroß und farbig entgegen. Während der meisten Parlamentssitzungen fehlen sie, in den Wahlkreisen waren sie auch nicht zu sehen, geschweige denn auf unseren Demonstrationen. Aber plötzlich sind sie wieder da und versprechen Sicherheit, Freiheit und Glück. Keine Lüge ist ihnen zu teuer: Bundestagswahl '80. Auf unsere Stimmen können sie nicht rechnen. Wir geben sie nicht nur ab, sondern setzen sie ein für unsere Sache. Wir wollen links bleiben. Wir wählen DKP. Lohnt sich das? Was bewirkt eine Stimme für die DKP? Welche Fragen bewegen uns DKP zu wählen? Wählen, das hat mit dem zu tun, wofür wir uns auch sonst einsetzen. An der Wahlurne wollen wir nicht auf unsere Ziele verzichten, für die wir auch außerhalb von Wahlzeiten eintreten. Wir werden am Wahlsonntag nicht die Werkzeuge vergessen! Im Gegenteil: Gerade in dieser Zeit ist die Wahl verbunden mit politischen Entscheidungen, die die weitere Entwicklung der Bundesrepublik bestimmen.

Keine Atomraketen in unser Land!

Die NATO-Beschlüsse sollen unser Land in eine große Abschlußrampe für Mittelstreckenraketen verwandeln. Unsere Bevölkerung wird von der Gefahr bedroht, in einem Stellvertreterkrieg für aggressive US-Politik geopfert zu werden.

Diese gefährliche NATO-Planung wurde in der Bundesrepublik von einer großen Koalition durchgesetzt. Schmidt erpreßte eine überwältigende Mehrheit des letzten SPD-Parteitag, der Stationierung der Mittelstreckenraketen zuzustimmen. Apel will Sozial- und Bildungsausgaben kürzen, um das Rüstungsprogramm zu finanzieren. Strauß lobt Schmidt und Apel und erklärt, dies sei auch seine Politik. Genscher setzt europäische Nachbarstaaten unter Druck, die das Raketenprogramm nicht wollten.

Der Kampf um die Stationierung der Raketen ist noch nicht entschieden. Wir führen ihn mit Demonstrationen und Aktionen. Nur durch eine große außerparlamentarische Bewegung konnten wir Ostverträge und Entspannungspolitik durchsetzen. Nur durch Aktionen und Solidaritätsdemonstrationen konnte die Studentenbewegung einen wirksamen Beitrag zur Befreiung Vietnams leisten. Nur so werden wir auch die NATO-Pläne verhindern. Diesen Kampf müssen wir auch an der Wahlurne führen. Die drei Bonner Parlamentsparteien würden jede Stimme, die wir ihnen geben, als Zustimmung für ihre gefährliche Rüstungspolitik verkaufen. Darum müssen wir auch mit unserer Wahlentscheidung gegen ihre Pläne protestieren.

Zwei der studentischen Kandidaten auf den Listen der DKP:



Tissy Bruns
Vorstandsmitglied
des studentischen
Dachverbandes VDS



Uwe Knickrehm
Vorsitzender
des MSB Spartakus

Gemeinsam gegen Strauß! Gemeinsam gegen rechts!

Foto: Rose

Carstens wurde Bundespräsident. Strauß ist Kanzlerkandidat. Die Neonazis treten frecher auf. Mit Strauß und seinem Programm konnte sich die äußerste Rechte in der Bundesrepublik durchsetzen. Diese Kräfte demonstrieren ihre ganze Menschenverachtung, wenn sie kritische Schriftsteller als „Ratten und Schweißfliegen“ beschimpfen. Erst die allgemeine Rechtsentwicklung machte die Strauß-Kandidatur überhaupt möglich. Mit ihr soll jetzt die gesellschaftliche Entwicklung weiter nach rechts gedrängt werden. Aber die gesellschaftliche Entwicklung ist kein Naturgesetz. Sie wurde gemacht. Von allen Bonner Parteien. Sie wurde auch wesentlich geprägt durch die Politik der Bundesregierung, durch Berufsverbote, Rüstungsbeschlüsse, Maulkorbgesetze, durch den Abbau demokratischer Rechte. Um eine solche Entwicklung zu verhindern, wählten viele vor vier Jahren die SPD als „kleineres Übel“. Ihre Wahlentscheidung bremste die Rechtsentwicklung nicht. Im Gegenteil: Das kleinere Übel bereitet dem großen den Weg.

Um den Rechtskurs zu stoppen, müssen wir außerhalb des Parlaments aktiv werden. Nur durch Aktionen und Demonstrationen konnten wir den Aufschwung der NPD verhindern oder einzelne Berufsverbote rückgängig machen. Dieses Engagement darf nicht an der Wahlurne enden oder unterbrochen werden. Deshalb können wir keine der Parteien wählen, die die Berufsverbote eingeführt haben und verantwortlich sind für die Rechtsentwicklung.

Wir wollen sinnvoll studieren! Wir brauchen Arbeit!

Die große Koalition aus CDU, CSU, SPD und FDP verabschiedete das Hochschulrahmengesetz. Das Ziel ist eine Ausbildung, die lenkbare, systemkonforme Fachidioten, angepaßte Lehrer hervorbringt. Das ist zugleich der Boden für furchtbare Juristen.

Den ersten Erfolg gegen das Hochschulrahmengesetz, die Streichung der Zwangsexmatrikulation, setzten wir durch Aktionen durch. Das war entscheidend. Und nicht die 30 Abgeordneten, die während der Gesetzesänderung im Plenarsaal des Parlaments saßen.

Viele wissen aus eigener Erfahrung: An diesen Streiks und Aktionen war der Spartakus aktiv beteiligt. Er machte mit, ob es darum ging, Wandzeitungen zu malen oder auf Vollversamm-

lungen Kräfte werden von der grünen Wahlbewegung nicht unterstützt. Dazu sind sie nicht radikal genug. Auch in den Parlamenten ist auf sie kein Verlaß: Sie wenden sich gegen klassische Forderungen der außerparlamentarischen Bewegung wie den Ausbau des Bildungs- und Gesundheitswesens. So stimmten sie in Bremen mit der CDU für die Einrichtung eines Elite- und Privatgymnasiums. In Leverkusen wählten sie einen CDU-Mann zum Bezirksbürgermeister.

Es geht bei dieser Wahl nicht nur um Schmidt oder Strauß. Es geht um mehr. Um Raketenstationierung und HRG-Durchsetzung. Unsere Aktionen, unser außerparlamentarischer Kampf bereiten den Boden für die Wahlentscheidung. Wer mit der Politik der Bonner Parlamentsparteien in diesen Fragen nicht zufrieden ist, muß auch auf dem Stimmzettel demonstrieren.

Wer eine der Bonner Parteien wählt, wird damit immer die Kräfte wählen, gegen die er sonst kämpft. Nur die DKP unterstützt die außerparlamentarische Bewegung und ihre Forderungen auch vor und nach den Wahlen. Sie hat mit unseren Gegnern nichts zu schaffen.

Darum ist jede Stimme für die DKP mehr wert als für jede andere Partei, auch wenn die DKP nicht die undemokratische 5-Prozent-Klausel überspringt, denn sie ist eine klare Stimme für die Stärkung der Linkskräfte. Und sie kann auch das parlamentarische Kräfteverhältnis beeinflussen: Alle Wahlen, alle Kommunalparlamente, in denen die DKP vertreten ist, beweisen das: Wo Kommunisten Stimmen gewinnen, verlieren die Rechten Punkte.

Ein Stimme für die DKP ist auch eine Stimme gegen die große Koalition. Strauß wurde nach dem Spiegel-Skandal in der großen Koalition wieder ministrabel gemacht. Schon heute gibt es in vielen Lebensfragen unseres Landes faktisch eine große Koalition. Verhindern wir durch unsere Stimmabgabe, daß sie sich nach der Wahl in eine offizielle verwandelt.

Weil es bei dieser Wahl um viel mehr als Schmidt und Strauß geht, wählen wir DKP.

Wenn wir DKP wählen,

stimmen wir gegen NATO-Beschlüsse und Mittelstreckenraketen in unserem Land, gegen das Bonner Atomprogramm und die rücksichtslose Zerstörung der Umwelt.

Wenn wir DKP wählen,

tragen wir zum Kampf gegen die Rechtsentwicklung, gegen Berufsverbote und Neonazismus bei.

Wenn wir DKP wählen,

unterstützen wir auch in der Wahl den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Lohnsenkung und für die Gleichberechtigung der Frau.

Ohne Arbeiter und Gewerkschaften wird sich in der Bundesrepublik nichts nach links entwickeln. Die DKP ist eine Arbeiterpartei, und in ihr kämpfen aktive Gewerkschafter, Betriebsräte und Jugendvertreter. Als einzige Partei will die DKP den Sozialismus für unser Land. Ihr Programm benennt unseren Gegner. Sie verkörpert die radikale Kritik am System. Ob sie jeder teilt oder nicht:

Wer die DKP wählt, nützt sich selbst.

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt.

Wer DKP wählt, wehrt sich.

Vier Thesen, warum Linke nicht „grün“ wählen sollten!

Vorweg gesagt, wir wollen mit diesem Material unsere Entscheidung, zur Wahl der DKP aufzurufen, begründen und erläutern und selbst Wähler für die DKP gewinnen. Deswegen kann es an dieser Stelle nicht Aufgabe sein, unsere umfassende Einschätzung der „Grünen Partei“ darzulegen (vgl. dazu

auch „rote blätter“ 5/80) oder darzustellen, was uns mit den „Grünen“ verbindet, wo wir Möglichkeiten zum gemeinsamen Handeln sehen.

Vielmehr wollen wir kurz erläutern, warum es unseres Erachtens der Linken nicht nützt, die „Grünen“ zu wählen.

1

Die „Grünen“ sind nicht links

Wenn das jetzt manch einem vielleicht banal klingt — um so schlimmer. Für uns bleibt eine Hauptfrage dafür, ob es sich in der Bundesrepublik zum Besseren wendet oder nicht: bleibt die Linke so schwach, bzw. so wenig sichtbar wie bisher — in Teilen integriert in die SPD, mit einer bei Wahlen nicht eben starken DKP, oder setzt sie — nicht nur, aber auch bei Wahlen — einmal Zeichen, wie stark sie wirklich ist? Ist die Wahl der „Grünen“ aber ein solches Zeichen? Wir meinen, man muß schon ähnlich „um die

Ecke denken“, wie man es beim „kleineren Übel“ SPD zum Glück immer weniger tut, wenn man ein deutliches Zeichen der **Stärke der Linken** in der Wahl einer nach ihrem Selbstverständnis ausdrücklich eben **nicht linken Partei** sehen will. Und trotz Saarbrücken — für das Selbstverständnis der „Grünen“ gilt immer noch das Gruhlische Wort, sie seien weder rechts noch links, sondern vorne. Und an diesem Wort sollte für einen Linken nicht die rhetorische Wende, sondern die klare Absage an sein eigenes, eben ein linkes Selbstverständnis stehen. Wenn nun viele Linke die „Grünen“ trotzdem wählen, so tun sie das — und das gestehen auch viele ein — meist eher aus taktischen Gründen, eben auch als „kleineres Übel“.

2

„Taktische Unterstützung“ der „Grünen“ — ein Fehlkalkül

Eine solche „taktische Mitarbeit“, verbunden mit der Hoffnung, bald endgültig in der Mehrheit zu sein, wie sie vor allem viele studentische Linke bei den „Grünen“ vertreten, geht aber unseres Erachtens „voll nach hinten los“, auch wenn angesichts gerade der parlamentarischen Unbeweglichkeit der Bundesrepublik jeder Versuch, „die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen“, natürlich ungeheuer anziehend ist. Muß man sie noch aufzählen, die Zitate ehemaliger, oder sich auch jetzt noch links wählender prominenter „Grünen“? Heinz Brandt, immerhin ehemaliger „Metall“-Chefredakteur, warnt heute vor „steinzeitlichem Klassenkampfdenken“. Und ausgerechnet Willi Hoß, Vorzeigearbeiter und Betriebsrat der „Grünen“, warnt vor dem „überholten Konzept der Verteilungskämpfe“,

wie es die Gewerkschaften betrieben. Dergleichen im Jahr der 8,8-Prozent-Abschlüsse einerseits und der Superprofite der Multis andererseits ist schon ziemlich weit hergeholt — ja hat mit linken und erst recht mit Arbeiterpositionen nichts mehr zu tun. Die Absage an „Klassenkampfdenken“ und „Verteilungskämpfe“ bei den „Grünen“ ist vielmehr eine ideologische Grundlage für Sozialpartnerschafts- und Stillehaltgedanken, wie sie sich Kurt Biedenkopf nicht besser wünschen könnte. Daß dergleichen unter „Linken“ heute geäußert werden kann, ohne rot zu werden, liegt eben auch an der innerhalb der „Grünen“ geradezu systematisch betriebenen Verwischung von rechts und links, liegt an Sätzen wie „Ökologie geht vor Klassenkampf“.

Hier ist das Gegenteil von dem eingetreten, was sich mancher Linke erhofft hat — nämlich den Rechten ein Einbruch in die Reihen der Linken gelungen, und zwar an deren wichtigster Stelle: in ihren Köpfen.

3

Eine Stimme für die „Grünen“, keine sichtbare linke Stimme!

Es ist nicht zu leugnen, daß der parlamentarische Aufschwung der „Grünen“ dem Gegner, dem Monopolkapital, und den Bonner Parteien zwar gewisse — vor allem Einstellungsprobleme macht, nur: erschrecken tut sie das alles noch nicht. (Man stelle sich an dieser Stelle einmal vor, die DKP hätte nur halb soviel Stimmen wie die „Grünen“, was da wohl in diesem Lande los wäre.) Daß der Aufschwung der „Grünen“ unsere Gegner nicht mehr erschreckt, liegt zum einen daran, daß die Stimme für die „Grünen“ eben kaum noch als linke Stimme sichtbar ist, und deshalb letztlich auch nicht als solche zählt (genauso wie die „linke Jusostimme“ von der Pro-Schmidt-Stimme letztlich nicht zu unterscheiden ist, ist die Stimme eines wohlmeinenden Vegetariers von der ei-

4

Klassenkampf geht eben doch vor Ökologie!

So sehr die „Grünen“ noch ein „Sammelsurium“ verschiedener, auch vieler fortschrittlicher Kräfte sind, und soviel bei ihnen noch im Fluß ist, das Selbstverständnis als „ökologische Partei“ ist weitgehend gefestigt. Zu welche Blüten dieses Selbstverständnis führt, wenn man es über den Klassenkampf stellt, hat man bei Heinz Brandt gesehen. Nur leider sind solche Blüten eben kein Zufall. Auch für uns sind Fragen des Umweltschutzes und der Energieversorgung von großer Bedeutung — obgleich es wichtigere gibt, vor allem die Verteidigung des Friedens. Aber die Hauptfrage, um auch die Probleme der Ökologie zu lösen, ist und bleibt unseres Erachtens nach: Wer ist der Verursacher und wer sind die Leidenden? Und Verursacher sind allemal die Bosse der

nes engagierten „linken Grünen“ nicht mehr zu unterscheiden). Zum ändern ist auch die bisherige parlamentarische Praxis der „Grünen“ im großen und ganzen für die Herren in den Konzern- und Parteietagen nicht allzu erschrecklich: Immerhin wählen die „Grünen“ in Leverkusen einen CDUler zum Bezirksbürgermeister, im Austausch für den Stellvertreterposten, versteht sich. Und weitgehend herumgesprochen hat sich auch schon die „Sparpolitik“ der Bremer „Grünen“: ob Krankenhäuser, Schulen oder die Universität, vor nichts macht ihr rasender Rotstift halt. Olaf Dinée in der Etatdebatte als Kämpfer gegen den Ausbau der freiwilligen Feuerwehr, na, wenn das die Wachstumsfanatiker in Bonn nicht bis ins Bonn trifft! Zugegeben, dergleichen mögen krasse „Ausrutscher“ sein, nur eins beweisen solche „Ausrutscher“ allemal: Eine Stimme für die „Grünen“ ist eben **keine Garantie** für eine linke Parlamentspraxis. Das aber hat wiederum sehr prinzipielle Gründe.

Chemie- und Stahlindustrie, sind die Atomkonzerne und ihre Hintermänner, ist die Rüstungsindustrie. Und die Leidenden sind die Arbeiter und Angestellten, sind Frauen, sind die Schüler und Studenten. Aufgabe der Linken ist es, die Letzteren in den Kampf gegen die Ersteren, gegen die Verursacher von Umweltverseuchung und Kriegsgefahr zu führen. Mit denen haben wir eben keine gemeinsamen Interessen, sondern nur gegen sie. In die Gefahr, das zu vergessen, laufen aber nicht nur Heinz Brandt und Willi Hoß, sondern in ihrem Gefolge auch immer mehr „linke Grüne“. Sie stellen nicht mehr die Kernfrage linker Politik, die Frage: „Nützt etwas dem Kapital oder der arbeitenden Bevölkerung?“ Damit aber geben sie ihre linke Identität auf. Wir aber wollen bleiben, was wir sind, Linke. Und wir sind sicher, daß sich in diesem Land nur etwas ändern wird, wenn die Linke sichtbar bleibt, ja, sichtbarer und stärker wird.

Deshalb wählen wir DKP

Meinungsumfrage: Was denken Studenten über Strauß?

rote blätter



Soeben erschienen: die Mai-Ausgabe der roten blätter mit vielen brandaktuellen Themen:

- Die Grünen — Auf ausgelatschtem dritten Weg?
- rb-Umfrage: Was denken Studenten über Strauß
- Afghanistan: Interview mit Staatsrechtler Norman Paech
- Carter — Aml go home
- Die große Beunruhigung: Wissenschaft und Fortschritt
- rb-Gespräch mit Filmemacher Hark Bohm
- In concert: Gary Numann
- sounds — rückwärts in die 80er Jahre
- Basisgruppen: Aufforderung zur Diskussion
- Bildungspolitik: RCDS läßt die Sau raus

Außerdem: sechs Seiten Informationen über das VDS-Studentenfestival in Mainz am 7./8. Juni — und viele weitere Themen!

Meinungsumfrage: Was denken Studenten über Strauß?

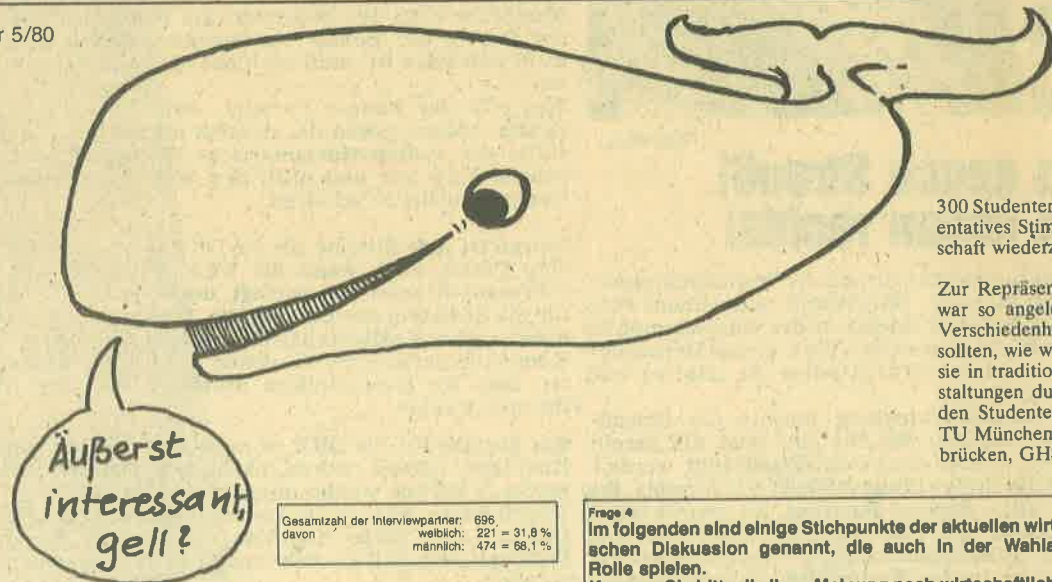
rote blätter



Respektabel

15,4 % der Studenten für Strauß

aus rote blätter 5/80



An fünf großen Hochschulen der Bundesrepublik befragten die „roten blätter“ insgesamt 696 Studenten aus den Bereichen Gesellschaftswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften/Jura und Naturwissenschaften nach ihrer Meinung über den Kanzlerkandidaten der CDU/CSU Franz Josef Strauß und die durch ihn vertretene politische Programmatik. Zum Vergleich: Im vergangenen Jahr genügte Frau Noelle-Neumann weniger als

300 Studenten, um ein angeblich repräsentatives Stimmungsbild der Studentenschaft wiederzugeben.

Zur Repräsentativität der Umfrage: sie war so angelegt, daß sowohl regionale Verschiedenheiten zum Tragen kommen sollten, wie wir uns auch nicht scheuten, sie in traditionell „rechten“ Lehrveranstaltungen durchzuführen. Befragt wurden Studenten an der LMU München, TU München, Uni Hamburg, Uni Saarbrücken, GHS Essen und Uni Münster.

Keineswegs verfolgten wir das Ziel, den zahllosen Trendmeldungen im „Kopf-an-Kopf-Rennen“ von Schmidt und Strauß eine weitere hinzuzufügen. Vielmehr interessierte uns, welche Entscheidungskriterien unter den Studenten bestimmend sind und wie sie ihre Rolle in der Wahlauseinandersetzung definieren.

Strauß-Fans in der Minderheit

Wer die Wahlen im Hochschulbereich in den letzten Semestern und Jahren verfolgt hat, den wird der hohe Anteil von Strauß-Gegnern (84,6 Prozent) nicht überraschen.

Daß die Ablehnung von Strauß nicht nur Ausdruck einer emotionalen Antipathie in der Studentenschaft ist, zeigen die Ergebnisse zu Frage 2. Über die Hälfte der Befragten sieht in Strauß und seiner politischen Programmatik die Interessen der Großindustrie vertreten. Deutlich wird, daß in der Studentenschaft das vor allem von SPD und FDP entworfene „Feindbild“ des „bajuwarischen Hinterwäldlers“ nicht kritiklos übernommen wird, sondern vielmehr eine klassenmäßige Zuordnung vollzogen wird.

Verzicht für alle?

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen im Wahljahr '80 werden wirtschafts- und sozialpolitische Fragen stehen. An unserem Ergebnis wird deutlich, daß die Studenten das von ihnen an den Hochschulen mehrheitlich unterstützte Konzept der gewerkschaftlichen Orientierung auch in der „großen Politik“ für sinnvoll erachten. So sind 64 Prozent aller Befragten der Meinung, daß die Forderung des DGB und seiner Einzelgewerkschaften nach Einführung von Arbeitszeitverkürzung notwendig und richtig ist. Sogar von den Straußanhängern stellt sich noch fast ein Drittel hinter dieses Konzept.

Nahezu zwei Drittel der befragten Studenten sehen aus der gegenwärtigen Krise nur den Ausweg, in ihren materiellen Lebensansprüchen zurückzustecken. Daß diese „Verzichtsideologie“ auch unter linken Studenten so große Verbreitung findet, ist ein Indiz dafür, daß der Informations- und Diskussionsstand in dieser Frage in der Studentenschaft noch recht unterentwickelt ist. Angesichts von Rüstungsexpansion, Profitbooms bei Ölmultis und schon „verordnetem Verzicht“ bei Bildungs- und Sozialausgaben sind gemeinsame Schritte der fortschrittlichen Kräfte um eine gerechte Umver-

teilung des vorhandenen Reichtums jetzt notwendig und einzig erfolgversprechend.

Das in Frage fünf angesprochene Problem wurde von den herrschenden Parteien noch vor Abschluß unserer Umfrage entschieden: auf einer NATO-Ratstagung wurde die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa unter Mißachtung des Willens der Mehrheit der Bevölkerung definitiv beschlossen. Zwei Drittel der befragten Studenten hielten diese Entscheidung für falsch, von den Straußgegnern hält sie sogar nur jeder vierte für richtig.

Wahl '80 – eine „aktive“ Wahl

Sowohl Straußgegner wie Straußanhänger sind überwiegend der Meinung, daß sich politische Entscheidungen nicht allein über das „Kreuzchenmachen“ am Wahltag vollziehen. Sicher ist dieses Ergebnis nicht typisch für die Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik, aber es ist Ausdruck der aktiven Auseinandersetzung zwischen rechten und fortschrittlichen Kräften an den Hochschulen.

Gleichzeitig wurde von ultrarechten Kräften in der Kandidatur von Strauß sehr wohl die Chance gesehen, offener und offensiver als in der Vergangenheit ihre Politik propagieren zu können. Die Zunahme neofaschistischer Umtriebe im Umfeld des Wahlkampfes ist dafür nur ein Indiz.

Fast zwei Drittel der Straußgegner hält aktives Handeln im Vorfeld der Wahlentscheidung nicht nur theoretisch für richtig, sondern erklärt sich außerdem bereit, selbst an Aktionen gegen den Kanzlerkandidaten Strauß und die von ihm betriebene Politik teilzunehmen. Die Ernsthaftigkeit dieses Konzepts wird noch unterstrichen durch die letzte Frage, wo sich wieder über 60 Prozent der Straußgegner dafür aussprechen, Anti-Strauß-Aktionen ungeachtet bestehender politischer und weltanschaulicher Differenzen auch gemeinsam mit Kommunisten durchzuführen.

Das Hauptergebnis dieser Umfrage besteht sicherlich in der ungeheuer großen Aktionsbereitschaft der Studenten, die nicht tatenlos die Auszählung der Stimmen am Wahlabend abwarten wollen. Durch Anti-Strauß-Initiativen wurde schon an vielen Hochschulorten eine Aktionsbasis geschaffen, allerdings in noch zu geringer Zahl, als daß tatsächlich alle zum Handeln entschlossenen fortschrittlichen Kräfte schon miteinbezogen wären. Unsere Umfrage soll nicht zuletzt ein Anstoß zur Bildung weiterer Initiativen und eine Aufforderung an die fortschrittlichen Studenten sein, sich aktiv an Anti-Strauß-Aktionen zu beteiligen. ●

Marianne Waldenmaler

Frage 1:
Sind Sie für oder gegen einen Kanzler Strauß?

	männlich	weiblich	gesamt
dafür	18 %	9,5 %	15,4 %
dagegen	82 %	90,5 %	84,6 %

Frage 2:
Nach eigenen Aussagen will Franz Josef Strauß die Interessen des „kleinen Mannes“ vertreten, andere sprechen von ihm als „Mann des großen Geldes“. Welcher Auffassung sind Sie:

	Strauß-Anhänger			Strauß-Gegner			männlich	weiblich	gesamt
	männlich	weiblich	gesamt	männlich	weiblich	gesamt			
Franz Josef Strauß ist Interessenvertreter der Großindustrie	9,3 %	4,8 %	8,4 %	66,2 %	70,5 %	67,6 %	55,9 %	64,3 %	58,5 %
Interessenvertreter der Arbeiter und Angestellten	33,7 %	19,0 %	30,8 %	0,8 %	6,5 %	2,7 %	6,8 %	7,7 %	7,0 %
Ewiggestriger Vertreter eines „reaktionären Kleinbürgerturns“	2,3 %	4,8 %	2,8 %	25,3 %	18,0 %	22,8 %	21,1 %	16,7 %	19,7 %
Ausgleichender Vertreter aller gesellschaftlichen Gruppen	44,2 %	38,1 %	43,0 %	1,3 %	1,5 %	1,4 %	9,1 %	5,0 %	7,8 %
Nichts von alledem	23,3 %	42,9 %	27,1 %	17,5 %	15,0 %	16,6 %	18,6 %	17,6 %	18,2 %

Frage 3:
Welche Chance hat Ihrer Ansicht nach die Kandidatur von Franz Josef Strauß zur Zeit?

	Strauß-Anhänger			Strauß-Gegner			männlich	weiblich	gesamt
	männlich	weiblich	gesamt	männlich	weiblich	gesamt			
geringe	4,7 %	9,5 %	5,6 %	26,3 %	28,0 %	26,8 %	22,4 %	26,2 %	23,6 %
gute	54,7 %	71,4 %	57,9 %	26,3 %	34,0 %	28,7 %	31,4 %	37,6 %	33,3 %
völlig offen	39,5 %	23,8 %	36,4 %	46,8 %	37,5 %	43,5 %	45,4 %	36,2 %	42,4 %

Frage 4:
Im folgenden sind einige Stichpunkte der aktuellen wirtschafts- und sozialpolitischen Diskussion genannt, die auch in der Wahlauseinandersetzung eine Rolle spielen. Kreuzen Sie bitte die Ihrer Meinung nach wirtschaftlich sinnvollen und richtigen Forderungen an:

	Strauß-Anhänger			Strauß-Gegner			männlich	weiblich	gesamt
	männlich	weiblich	gesamt	männlich	weiblich	gesamt			
Die Bekämpfung der Inflation und Arbeitslosigkeit erfordert Zurückhaltung bei den Lohnforderungen	75,6 %	76,2 %	75,7 %	25,5 %	20,5 %	23,8 %	34,6 %	25,8 %	31,8 %
Wirtschaftliche Stabilität und sichere Arbeitsplätze erfordern die Stärkung der Massenkaufkraft und höhere Reallohne	12,8 %	9,5 %	12,1 %	32,5 %	25,5 %	30,1 %	24,0 %	28,9 %	27,3 %
Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung sind richtig	31,4 %	28,6 %	30,8 %	72,2 %	67,5 %	70,5 %	64,8 %	63,8 %	64,4 %
falsch	50,0 %	71,4 %	54,2 %	9,0 %	7,0 %	8,3 %	16,5 %	13,1 %	15,4 %
Die Bundesrepublik ist zu sehr „Versorgungsstaat“, demgegenüber muß die Privatinitiative gestärkt werden	39,5 %	52,4 %	42,1 %	12,9 %	8,5 %	11,4 %	17,7 %	12,7 %	16,1 %
Angesichts ökologischer Probleme wie Umweltverschmutzung und Energiemangel müssen alle in ihren materiellen Lebensansprüchen zurückstecken	48,8 %	66,7 %	52,3 %	63,9 %	65,5 %	64,3 %	61,2 %	65,6 %	62,5 %

Frage 5:
Zur Außenpolitik: Seit der Berliner Rede Leonid Breschnevs und im Zusammenhang mit den NATO-Plänen zur Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa steht die Frage nach Auf- oder Abrüstung im Vordergrund der außenpolitischen Diskussion. Ich halte den Standpunkt von NATO und Bundesregierung, atomare Mittelstreckenwaffen in Westeuropa und der Bundesrepublik zu stationieren, für

	Strauß-Anhänger			Strauß-Gegner			männlich	weiblich	gesamt
	männlich	weiblich	gesamt	männlich	weiblich	gesamt			
falsch	8,1 %	4,8 %	7,5 %	70,1 %	79,0 %	73,0 %	58,9 %	71,9 %	62,9 %
richtig	88,4 %	95,2 %	89,7 %	25,5 %	14,0 %	21,6 %	36,9 %	21,7 %	32,0 %

Frage 6:
Welche Auffassung ist Ihrer Ansicht nach richtig?

	Strauß-Anhänger			Strauß-Gegner			männlich	weiblich	gesamt
	männlich	weiblich	gesamt	männlich	weiblich	gesamt			
Außer am Wahltag hat der einzelne nicht viel Einfluß auf die politische Entwicklung	38,4 %	23,8 %	35,5 %	35,1 %	25,5 %	31,7 %	35,7 %	25,3 %	32,3 %
Wichtiger als das Kreuz ist auch für die Wahlentscheidung, daß man selber für seine Forderungen Druck ausübt und aktiv wird	51,2 %	66,7 %	54,2 %	70,4 %	78,5 %	73,0 %	66,9 %	77,4 %	70,1 %

Frage 7:
Seit der Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß hat es eine ganze Reihe gegen diese Kandidatur gerichtete politische Aktivitäten gegeben (Diskussionsveranstaltungen, Aufrufe, Gegenkundgebungen). Wären Sie selber bereit, sich an solchen politischen Aktivitäten gegen die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß zu beteiligen?

	Strauß-Anhänger			Strauß-Gegner			männlich	weiblich	gesamt
	männlich	weiblich	gesamt	männlich	weiblich	gesamt			
Ja	—	—	—	61,3 %	70,0 %	64,2 %	50,4 %	63,8 %	54,6 %
Nein	97,7 %	95,2 %	97,2 %	39,2 %	22,0 %	29,9 %	45,4 %	28,5 %	39,9 %

Frage 8:
In den gegen die Kanzlerschaft von Franz Josef Strauß gerichteten Aktionen arbeiten unterschiedliche politische Gruppierungen mit. So ist häufig der Vorwurf der Zusammenarbeit mit Kommunisten zu hören. Welcher Auffassung sind Sie?

	Strauß-Anhänger			Strauß-Gegner			männlich	weiblich	gesamt
	männlich	weiblich	gesamt	männlich	weiblich	gesamt			
Finde solche Zusammenarbeit falsch – auch wenn es gegen Strauß geht	74,4 %	71,4 %	73,8 %	30,4 %	22,0 %	27,5 %	38,4 %	26,7 %	34,6 %
Finde solche Zusammenarbeit angesichts der Kanzlerkandidatur von Strauß richtig	7,0 %	4,8 %	6,5 %	63,1 %	70,0 %	64,3 %	51,7 %	63,8 %	55,5 %